

Fakten statt Mythen N°25 / 30. März 2016

« Flüchtlingskrise » oder Gleichheitskrise ?

Laure Sandoz, Universität Basel – NCCR On the Move

Die in den Medien zum Migrationsthema Thema veröffentlichten Informationen und Meinungen sind häufig aus einer kurzfristigen Perspektive geschrieben, auf [Sensationsmeldungen ausgerichtet und vermitteln das Gefühl einer Notsituation](#). Gleichzeitig besteht angesichts der für die Beschreibung der Ankunft von Schutz suchenden Personen in Europa benutzten [Metaphern](#) eine Tendenz, die humanitären, historischen und politischen Gründe zu übersehen, aus denen Menschen ihr Herkunftsland verlassen.

Die sogenannte Flüchtlingskrise ist nämlich kein Naturphänomen. Wie jedes [Ereignis](#) ist sie das Ergebnis einer Verkettung von Umständen, die mit sozialen Dynamiken und bestimmten politischen Entscheidungen verknüpft sind. In diesem Sinne ist die « Krise » konstruiert, sowohl durch die [Art und Weise, wie damit umgegangen wird](#), als auch durch die Diskurse, mit denen sie beschrieben wird. Gerade deshalb sollten wir uns einen Moment Zeit nehmen um uns von diesen Diskursen zu lösen und über einige der strukturellen Elemente nachzudenken, die die aktuelle Situation beeinflusst haben.

Wir leben in einer zunehmend [globalisierten Welt](#). Diese Globalisierung trägt, über die Entwicklung der Transportmittel und der Kommunikationstechnologien, entscheidend zur Intensivierung der Zirkulation von Ideen sowie von Gütern und Personen bei. Von der gesteigerten Zirkulation profitieren jedoch nicht alle Personen gleichermassen, die Ungleichheiten verschärfen sich tendenziell sogar. Eine [Studie](#) hat etwa gezeigt, dass im Jahr 2015 die zum reichsten Prozent der Weltbevölkerung gehörenden Personen mittlerweile mehr besitzen als die restlichen 99% der Weltbevölkerung zusammen. Darüber hinaus ist die Mobilität zwar für einen Teil der Weltbevölkerung erheblich einfacher geworden, sie ist aber noch immer stark vom System der Nationalstaaten abhängig. In diesem System ist der Pass zum neuen Adelstitel unserer Epoche geworden, da er bestimmten Personen erlaubt, die Welt zu bereisen, während andere nicht einmal die Möglichkeit haben ihr Herkunftsland zu verlassen. In Europa geht die Freizügigkeit mit [erheblich verstärkten Kontrollen an den Aussengrenzen](#) einher, die den regulären Zugang für bestimmte Gruppen von Drittstaatsangehörigen (d.h. Personen, die nicht Bürger eines Mitgliedstaats der EU oder der EFTA sind) quasi verunmöglichen, während andere Gruppen, da ihre Kompetenzen als notwendig für die Wirtschaft erachtet werden, von einem privilegierten Zugang profitieren. In diesem Sinne sind die Grenzen im Zuge der Globalisierung, anstatt an Wichtigkeit zu verlieren, eher zu gezielt eingesetzten Filtern als zu generellen Barrieren für Migrationsbewegungen geworden.

Einerseits hat dies zur Folge, dass in bestimmten Weltgegenden produzierte Objekte, Ideen und Bilder immer stärker zirkulieren und dadurch auch Träume und neue Ansprüche hervorbringen. Andererseits tragen die wachsenden Ungleichheiten dazu bei, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen zunehmend prekariert sind und stellen einen Faktor für die Zunahme der Anzahl und der Intensität von bewaffneten Konflikten dar. Darüber hinaus fördern neue Technologien nicht nur die Mobilität, sie stärken auch die [Möglichkeiten der Staaten, ihr Territorium zu kontrollieren](#). Dies führt zur Entstehung von Mehr-Klassen-Systemen, innerhalb derer einige Personengruppen zur Bewegungslosigkeit verurteilt sind, während andere mit einer besonders grossen Bewegungsfreiheit ausgestattet sind. In diesem Kontext sehen sich heutzutage Männer, Frauen und Kinder gezwungen,

enorme Risiken auf sich zu nehmen, um nach Europa zu kommen und um Schutz nachzusuchen, auf den sie aufgrund der in ihren Herkunftsländern bestehenden Konflikten und Menschenrechtsverletzungen häufig auch einen Anspruch haben. Denn immer häufiger kommen sie aus Regionen, in denen nicht nur ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, sondern wo aufgrund der vorherrschenden Situation der Schutz des eigenen Landes nicht mehr gewährleistet ist.